

IW-Dossier: Wohlstand in Deutschland

1. Kapitel: Einkommen und Kaufkraft

Einkommensentwicklung

Das verfügbare Einkommen hat sich in Westdeutschland allein zwischen 1950 und 1991 preisbereinigt mehr als verfünffacht. Auch nach der deutschen Einheit ging es bergauf – mit einem Zuwachs von 8 Prozent aber entschieden langsamer als in den ersten Nachkriegs-Dekaden. Heute hat jeder Bundesbürger im Schnitt ein jährliches Einkommen von fast 19.000 Euro. Rechnet man noch die Leistungen der Krankenversicherungen, die staatlichen Ausgaben für Kultur und Bildung sowie den Geldwert anderer sozialer Sachleistungen hinzu, kommt man sogar auf einen Betrag von über 22.000 Euro.

Blickt man auf die absoluten Zahlen, ist der langfristige Einkommensanstieg geradezu schwindelerregend: Im Jahr 1950 lag das verfügbare Einkommen aller westdeutschen Haushalte zusammengenommen bei lediglich umgerechnet 37 Milliarden Euro. Heute sind es im vereinten Deutschland fast 1,6 Billionen Euro. Nun sind in den vergangenen fast 60 Jahren auch die Preise beträchtlich gestiegen, und Deutschland zählt heute über 82 Millionen Einwohner verglichen mit knapp 51 Millionen in der damals jungen Bonner Republik. Aber auch bei einer preisbereinigten Pro-Kopf-Betrachtung zeigt sich, dass wir heute in gänzlich anderen Einkommensdimensionen leben als anno dazumal: Zwischen 1950 und 1991 hat sich der am Einkommen gemessene Lebensstandard in Westdeutschland mehr als verfünffacht, im vereinten Deutschland hat sich seit 1991 immerhin noch ein kleines Plus von 8 Prozent ergeben. Erst seit dem Jahr 2001 herrscht Stagnation auf hohem Niveau. Kräftig aufholen konnten die neuen Bundesländer: Dort stiegen die Realeinkommen nach der Wende um insgesamt 33 Prozent.

Einkommensentwicklung: Reiche Republik

Verfügbares Einkommen je Einwohner in Preisen von 2008, in Euro

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
1950	3.471		
1960	7.094		
1970	11.418		
1980	15.396		
1990	18.582		
1991	18.964	11.637	17.569
2000	19.294	15.283	18.499
2001	19.643	15.504	18.825
2002	19.468	15.548	18.668
2003	19.633	15.743	18.851
2004	19.607	15.688	18.833
2005	19.742	15.582	18.920
2006	19.817	15.620	19.022
2007	19.715	15.474	18.921
2008	19.760	15.499	18.974

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Entsprechend der allgemeinen Wirtschaftsdynamik fiel auch der Einkommenszuwachs in früheren Dekaden stärker aus. Allein in den 1950er-Jahren haben sich die Einkommen mehr als verdoppelt und in den 1960er-Jahren legten die realen Pro-Kopf-Einkommen noch immerhin um 61 Prozent zu. Aber auch in den nachfolgenden Jahrzehnten stiegen trotz Ölpreiskrisen und aufkommender Massenarbeitslosigkeit die Konsummöglichkeiten und das Sparpotenzial deutlich an – die Einkommenszuwächse lagen bei 35 Prozent in den 1970er- und bei 21 Prozent in den 1980er-Jahren. Heute verfügt in Deutschland jede Person – vom Baby bis zum Greis – im Durchschnitt über ein Jahreseinkommen von 18.974 Euro. Ein deutlich höherer Betrag (22.218 Euro) ergibt sich, wenn man den Geldwert der sozialen Sachleistungen, unter anderem die Leistungen der Krankenversicherungen und die Ausgaben des Staates für Kultur und Bildung hinzurechnet. Sie erhöhen das verfügbare Einkommen inzwischen um gut 17 Prozent.

Der starke Einkommensanstieg in der Vergangenheit bewirkt, dass selbst dann, wenn die Realeinkommen in Zukunft stagnieren sollten, die Lebenseinkommen der heute Geborenen um fast 70 Prozent höher liegen als bei der ersten Nachkriegsgeneration. Bei einem unterstellten Einkommensanstieg von jährlich 1 Prozent können sich die Babys von heute sogar auf ein Lebenseinkommen von durchschnittlich 2,4 Millionen Euro freuen, gegenüber lediglich einer Million Euro beim Geburtsjahrgang 1950. Steigen die Einkommen in Zukunft um jährlich 2 Prozent, kommen die im Jahr 2008 Geborenen sogar auf ein Lebenseinkommen von annähernd 4 Millionen Euro.

Lebenseinkommen: Erheblich mehr als die Eltern

Einwicklung des Lebenseinkommens in Preisen von 2008 in 1.000 Euro bei einem Anstieg des verfügbaren Einkommens je Einwohner um jährlich ... ab dem Jahr 2009

Geburtsjahrgang	Lebenserwartung in Jahren	0 Prozent	1 Prozent	2 Prozent
1950	66,5	944	951	957
1960	69,4	1.149	1.195	1.248
1970	70,4	1.278	1.390	1.527
1980	73,1	1.400	1.630	1.938
1990	75,9	1.489	1.884	2.466
2000	78,3	1.546	2.158	3.145
2008	80,1	1.584	2.410	3.842

Westdeutschland; Lebenserwartung: Mittelwert von Frauen und Männern bei der Geburt in Jahren, 2008: Schätzung; Annahme: In jedem Lebensjahr erhält die Person das im jeweiligen Jahr durchschnittlich verfügbare Einkommen je Einwohner (in Preisen von 2008); Einkommensentwicklung bis 2008 Ist-Werte, ab 2009 gemäß Szenarien; Todesjahr: Geburtsjahr + Lebenserwartung, Beispiel: Für die Kohorte 1970 (unterstellter Geburtstag 1. Januar, Lebenserwartung 70,4 Jahre) werden die durchschnittlichen verfügbaren Einkommen der Jahre 1970 bis 2039 und die Einkommen der ersten Monate des Jahres 2040 aufsummiert
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Dabei steht sich die Generation des Geburtsjahrgangs 2008 schon allein durch die gestiegene Lebenserwartung gegenüber ihren 1950 geborenen (Groß-)Vätern/Müttern um 20 Prozent besser. Aber auch wenn man das Lebenseinkommen pro Lebensjahr betrachtet, kommen die heutigen Babys selbst dann auf ein um 40 Prozent höheres Einkommen als der Geburtsjahrgang 1950, wenn die verfügbaren Einkommen in Zukunft nicht mehr steigen sollten. Unterstellt man in Zukunft einen Einkommensanstieg von jährlich 1 Prozent, wäre der am Jahreseinkommen gemessene Lebensstandard der Generation 2008 sogar 2,1-mal so hoch wie bei der Kohorte aus dem Jahr 1950.

Einkommensquellen

Das Einkommen hat sich nicht nur deutlich erhöht, es sprudelt auch aus anderen Quellen als früher. Nach wie vor den Löwenanteil steuern die Verdienste aus abhängiger Beschäftigung bei. Sie haben allerdings zwischen 1963 und 2003 leicht an Bedeutung verloren und machen jetzt statt 55 Prozent nur noch 52 Prozent der Bruttoeinkommen aus. Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, die sich 1963 auf mehr als ein Fünftel der Einkommen beliefen, schrumpften auf einen Anteil von 6 Prozent. Spiegelbildlich dazu legten die Einkunftsarten, die nicht unmittelbar an eine Erwerbstätigkeit geknüpft sind – die Transfers und das Vermögenseinkommen – deutlich an Gewicht zu.

Ein Job ist nach wie vor Einkommensquelle Nummer eins. Allerdings nimmt die Bedeutung der Arbeitseinkommen ab: Machten die Verdienste von Arbeitern, Angestellten und Beamten 1963 – trotz der zahlreichen selbstständigen Landwirte – noch über 55 Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens aus, waren es 40 Jahre später nur gut 52 Prozent. Deutlich stärker ging die Bedeutung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit zurück. Aus dieser Quelle stammten 1963 über 22 Prozent des Bruttoeinkommens, 40 Jahre später waren es lediglich 6 Prozent. Eine Teilerklärung hierfür liefert der rückläufige Anteil der Selbstständigen, der sich zwischen 1963 und 2003 von über 20 Prozent auf 10,5 Prozent halbiert hat. Möglicherweise spielen aber auch Erfassungsprobleme eine Rolle, denn es ist schwierig, bei Selbstständigen Privat- und Unternehmenseinkommen auseinanderzurechnen.

Deutlich zugenommen hat dagegen die Bedeutung des Einkommens aus Vermögen. Hierauf entfiel im Jahr 2003 über 11 Prozent des verfügbaren Einkommens nach knapp 5 Prozent im Jahr 1963. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Haushalte heute mehr Geld auf der hohen Kante haben als früher, sondern erklärt sich vor allem durch den jetzt deutlich höheren Immobilienbesitz. Denn den Hauptanteil des Vermögenseinkommens macht der (fiktive) Mietwert der eigenen vier Wände aus. Dessen Bedeutungszunahme erklärt sich durch die bis Mitte der 1990er-Jahre steigenden Immobilienpreise, den höheren Wohnkomfort und die gestiegene Eigentumsquote.

Verfügbares Einkommen: Erwerbstätigkeit bleibt wichtigste Quelle

Einkommensquellen in Prozent des Bruttoeinkommens

	Abhängige Beschäftigung	Unternehmertätigkeit	Vermögen	Öffentliche Transfers	Sonstiges
1962/1963	55,4	22,4	4,7	15,3	2,3
1969	56,9	16,0	7,1	17,1	2,9
1973	59,7	13,5	7,7	16,4	2,7
1978	57,3	11,8	7,9	20,4	2,7
1983	58,1	9,1	9,7	19,8	3,3
1988	56,1	9,6	9,7	21,0	3,6
1993	57,2	8,9	10,7	20,3	2,8
1998	54,0	6,8	11,8	23,1	4,2
2003	52,3	5,9	11,2	25,4	5,2

Sonstiges: nicht öffentliche Transfers (beispielsweise Betriebsrenten), Einnahmen aus Untervermietung u. a.; bis 1988 Westdeutschland, ab 1993 Deutschland
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

An Bedeutung zugelegt haben ebenfalls – auch ohne Sachleistungen – die öffentlichen Transfers. Dies liegt nicht allein am demografischen Wandel, denn der Einkommensanteil der Renten und Pensionen war zwar zuletzt höher als 40 Jahre zuvor, erreichte aber bereits Ende der 1970er-Jahre

sein bisheriges Rekordniveau. Kontinuierlich zugenommen hat dagegen die Bedeutung der sonstigen staatlichen Geldleistungen wie Wohn- und Kindergeld, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, die heute – auch relativ betrachtet – wesentlich kräftiger sprudeln als vor 40 Jahren. Der Einkommensanteil dieser Transfers erhöhte sich zwischen 1963 und 2003 von 4 auf knapp 10 Prozent.

Kaufkraft der Nettoverdienste

Die Kaufkraft der Nettostundenverdienste hat sich im Nachkriegsdeutschland mehr als verfünffacht: Ein Warenkorb, der 1950 noch dem Gegenwert einer vollen Stunde Arbeit entsprach, ist heute bereits nach elf Minuten verdient. Besonders deutlich sind die Kaufkraftgewinne dort, wo viele elektrische oder elektronische Bauteile eingesetzt werden – der technische Fortschritt und der durch die Globalisierung verstärkte Wettbewerb drücken hier besonders auf die Preise. Aber auch bei Lebensmitteln hat es auf lange Sicht meist überdurchschnittlich hohe Kaufkraftgewinne gegeben.

Wie die Einkommen insgesamt ist auch der Nettoverdienst der Arbeitnehmer je geleisteter Stunde enorm gestiegen: Bekam man 1950 für eine Stunde im Büro oder an der Werkbank gerade umgerechnet 56 Eurocent, sind es aktuell in Westdeutschland 14,05 Euro – also 25-mal so viel. Auch bei den Verbraucherpreisen gab es über einen Zeitraum von fast 60 Jahren keinen Stillstand. Rechnet man Qualitätsunterschiede heraus, sind Waren und Dienstleistungen heute gut 4,7-mal so teuer wie 1950.

Nettoverdienste: Den Preisen weit enteilt

	Nettoverdienste in Euro	Verbraucherpreise – 1950 = 100
1950	0,56	100,0
1960	1,28	120,5
1970	2,92	155,7
1980	6,45	255,3
1990	9,71	329,9
2000	12,26	409,5
2009	14,05	473,5

Westdeutschland; Nettoverdienst: Nettolohn- und -gehaltssumme je geleisteter Stunde in Euro

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Setzt man diesen Anstieg zu den Verdienstzuwächsen in Relation, zeigt sich, dass die Kaufkraft um mehr als das Fünffache gestiegen ist. Ein (repräsentativer) Warenkorb für den man 1950 noch eine volle Stunde arbeiten musste, ist heute bereits in elf Minuten verdient. Entsprechend der hohen Wirtschaftsdynamik in den Wiederaufbau- und Wirtschaftswunderjahren fiel auch die Arbeitszeiterparnis in den 1950er- und 1960er-Jahren am höchsten aus.

In den neuen Bundesländern stiegen die Reallöhne und damit die Kaufkraft der Arbeitnehmerstunde seit der Wende um 21 Prozent.

Der Kaufkraft-Gewinn

Ein Warenkorb, für den man im Jahr 1950 eine Stunde arbeiten musste, war im Jahr ... nach ... Minuten verdient

1950	60,0
1960	31,5
1970	17,9
1980	13,3
1991	11,3
2009	11,3

Westdeutschland

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Wie groß der Kaufkraftzuwachs für den Einzelnen tatsächlich ausfällt, ist nicht nur eine Frage der individuellen Verdienstentwicklung, sondern hängt sehr von den Vorlieben beim Konsum ab. Denn die Preis- und damit auch die Kaufkraftentwicklung variiert nicht nur zwischen High-Tech-Erzeugnissen und Dienstleistungen, sondern auch innerhalb einzelner Produktgruppen erheblich. Dies zeigt sich zum Beispiel bei Lebensmitteln. So zählten selbst Eier im Jahr 1950 noch fast zu den Luxusgütern. Denn 10 Stück kosteten 1950 schon umgerechnet 1,12 Euro, während der Nettostundenverdienst bei lediglich 56 Cent lag. Der Lohn für eine Stunde Arbeit an Werkbank oder im Büro reichte also gerade für fünf Eier. Die Eierkaufkraft hat sich seitdem enorm gesteigert. Denn bereits 1960 erhielt man für eine Stunde Arbeit ein Dutzend Eier, 1970 waren es 30 Eier, 1980 schon 50 Stück, im Jahr 1991 über 70 und aktuell sind es sogar 74.

Noch dramatischer war die Entwicklung beim Kaffee: Der Wachmacher war damals für den Normalbürger unerschwinglich. Denn im Jahr 1950 kostete ein Pfund Bohnenkaffee noch annähernd 15 Euro und war damit dreimal so teuer wie heute. Anfang der 1950er Jahre musste man für 500 Gramm der begehrten Bohne mehr als eine halbe Woche arbeiten, nämlich 26 Stunden. Heute reicht der Gegenwert von 19 Arbeitsminuten.

Ein Gegenbeispiel liefern die Fischpreise: So war beispielsweise ein Kilo Schweinekotelette im Jahr 1950 dreimal so teuer wie die gleiche Menge Kabeljau. Heute leben dagegen die Fleischesser günstiger. Denn das Schweinefleisch ist jetzt nur noch halb so teuer wie der Fisch. Dementsprechend muss man heute für den Kabeljau mit einer Stunde und sechs Minuten nur zwölf Minuten weniger arbeiten als 1950, während sich die Kaufkraft bezogen auf das Kotelett mehr als versiebenfacht hat.

Generell zählten Lebensmittel zu den eher preisstabilen Warengruppen. Noch besser sieht es bei langlebigen Gebrauchsgütern aus – besonders da, wo Hightech im Spiel ist, gehen die Preise auch absolut zurück. Ein moderner Flachbildfernseher mit einem 81cm-Bildschirm und Full-HD-Auflösung kostet beispielsweise heute etwa so viel wie ein einfaches Schwarz-Weiß-Gerät im Jahr 1960. Mieten stiegen dagegen bis Mitte der 1990er-Jahre überdurchschnittlich schnell an, weil die Baupreise rasant zulegten und Baugrundstücke in attraktiven Wohnlagen knapp wurden. Ebenfalls deutlich über der allgemeinen Inflationsrate liegen die Preisanstiege für Dienstleistungen mit geringem Rationalisierungspotenzial – beispielsweise Waschen und Legen beim Friseur –, da ja auch die in diesen Dienstleistungsberufen tätigen Arbeitnehmer am allgemeinen Verdienstanstieg partizipieren wollen.

Die deutliche Differenzierung nach Produktgruppen zeigt sich auch, wenn man keinen ganz langen Zeithorizont wählt. So bedeuten auch die 4 Prozent Kaufkraftzuwachs, die sich gesamtdeutsch seit 1991 ergeben haben, keineswegs Stillstand in allen Bereichen. Die Kaufkraft für Güter der Nachrichtenübermittlung – im Wesentlichen Gebühren für Telefon und Internet – hat sich beispielsweise

nicht zuletzt aufgrund der Liberalisierung des Telefonmarktes mehr als verdoppelt. Bei Bekleidung und Schuhen, den Ausgaben für Freizeit und Kultur und bei der Wohnungseinrichtung – Möbel und Haushaltsgeräte – kann man sich heute zwischen 25 und gut 30 Prozent mehr leisten als zu Beginn der 1990er-Jahre. Bei den beiden letztgenannten Gruppen erklärt sich ein großer Teil des Kaufkraftgewinns durch den technischen Fortschritt und die Früchte der internationalen Arbeitsteilung, also der Globalisierung. Denn unter die Rubrik der Freizeitgüter fallen auch die gesamte Unterhaltungselektronik und die Heimcomputer, die insgesamt 64 Prozent billiger sind als zu Beginn der 1990er-Jahre. Für den Preis eines PCs von 1991 kann man, das technische Niveau von damals unterstellt, heute gleich 19 Stück erwerben. Hier wirkt sich der rasante Fortschritt gerade bei elektronischen Bauteilen besonders aus. Diese werden zwar auch bei Haushaltsgeräten häufig verbaut, haben aber am Wert des Produkts einen wesentlich kleineren Anteil. Dennoch waren auch die Preise für Spül- und Waschmaschinen und andere Haushaltshelfer seit 1991 leicht rückläufig, was den großen Kaufkraftzuwachs bei Einrichtungsgegenständen insgesamt erklärt. Technik kommt bei Lebensmitteln nur indirekt bei der Herstellung und Weiterverarbeitung ins Spiel, gleichwohl ist die Kaufkraft für Nahrung und alkoholfreie Getränke um 19 Prozent gestiegen.

Kaufkraft: Acht Minuten für zehn Eier

So lange musste man für ... im Jahr ... arbeiten

	Einheit	1950		2009	
		Std.	Min.	Std.	Min.
Mischbrot	1 kg	0	27	0	11
Vollmilch	1 l	0	19	0	3
Eier	10 St.	2	1	0	8
Bohnenkaffee	500 g	26	22	0	19
Schweinekotelett	1 kg	3	54	0	32
Kabeljau	1 kg	1	18	1	6
Herrenanzug	1 St.	108	38	17	0
Braunkohlenbriketts	50 kg	2	20	1	8
Kleiderschrank	1 St.	146	59	38	24
Fernseher	1 St.	351	38	35	31
Hörfunkgebühr	1 Monat	0	48	0	25
Herrenschuhe besohlen	1 Paar	7	9	1	36

Westdeutschland; Berechnungsbasis: Nettolohn- und -gehaltssumme je geleisteter Stunde

Fernseher, Hörfunkgebühr: Wert für 1950 von 1960; Fernseher: 1960 schwarz-weiß, 2009: auf Basis eines aktuellen Preisbeispiels eines Elektronikmarkts für 81cm Full-HD Flachbildfernseher

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Staat bremst Kaufkraft

Um so viel Prozent änderte sich die Kaufkraft 1991 bis 2009

Nachrichtenübermittlung	113,3
Bekleidung und Schuhe	32,2
Freizeit, Unterhaltung	29,8
Einrichtungsgegenstände	25,6
Nahrungsmittel	18,6
Kaufkraft insgesamt	4,1
Hotels und Gaststätten	3,0
Körperpflege, Schmuck etc.	-2,9
Gesundheitspflege	-7,9
Verkehr	-9,5
Wohnungsmiete und Nebenkosten	-11,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-14,4
Bildungswesen	-39,2

Nachrichtenübermittlung: Telefon- und Postdienstleistungen, Telefone und Faxe u. a.; Gesundheitspflege: Medizinische Geräte, Medikamente, Leistungen von Ärzten und Krankenhäusern (nur Zuzahlungen und Zahlungen Privatversicherter); Verkehr: Kauf und Unterhalt von Kraftwagen, Treibstoffe, Fahrräder, Verkehrsdienstleistungen u. a.; Bildungswesen: Überwiegend Kindergartenbesuch und Studium; Berechnungsbasis: Nettolohn- und Gehaltssumme je geleisteter Stunde

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Dem stehen aber auch Verbrauchssparten gegenüber, in denen die Preise den Verdiensten davon liefern. So muss heute länger als zu Beginn der 1990er-Jahre gearbeitet werden, um den gewohnten Standard bei der Mobilität zu halten, aber auch für das traute Heim hat sich der Arbeitseinsatz erhöht: Sowohl für den Bereich Verkehr – die Palette reicht hier von Autokauf und -wartung über Treibstoffe bis zu Bus- und Bahnfahrten – als auch für Wohnungsmiete und Nebenkosten hat sich die Kaufkraft der Lohnminute seit 1991 um rund ein Zehntel verringert. In ähnlicher Größenordnung liegt der Kaufkraftverlust im Gesundheitswesen (-8 Prozent) sowie bei Alkohol und Tabak (-14 Prozent). Am stärksten verteuert haben sich aber Kindergarten und Studium. Denn im Bereich Bildungswesen, der aber nur 0,7 Prozent des gesamten Warenkorbs ausmacht, ist die Kaufkraft um 39 Prozent gesunken.

Die Kaufkraftverluste in diesen Bereichen gehen überwiegend auf das Konto des Staates oder gestiegener Energiekosten. So zogen die Nettomieten seit 1995 nicht mehr stärker an als die Lebenshaltungskosten insgesamt, während die Kosten für die Abfallentsorgung ebenso wie für Strom und Heizung kräftig zulegten. Im Bereich Verkehr erhöhte sich einerseits die Kaufkraft beim Fahrzeugwerb um 16 Prozent, während andererseits sowohl die Preise für Verkehrsdienstleistungen als auch die Unterhaltskosten für das Auto fast doppelt so schnell stiegen wie die Verdienste. Die Preise von Alkohol und Tabak kletterten vor allem wegen der Erhöhungen der Tabaksteuer zwischen 2002 und 2005 deutlich schneller als Löhne und Gehälter. Das Bildungswesen reißt jetzt wegen höherer Gebühren im Kindergarten und der Einführung von Studiengebühren tiefere Löcher in die Haushaltskasse als früher.

Das Gesundheitswesen ist ohnehin staatlich reglementiert und zuletzt durch höhere Zuzahlungen verteuert worden. Die Preisstatistik kann aber hier nur ein unvollständiges Bild von der Kaufkraftentwicklung geben. Denn einerseits werden bei den Ausgaben nur Zuzahlungen und Praxisgebühren und die Zahlungen der Privatversicherten erfasst, nicht aber die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Andererseits werden zwar für die stationäre Behandlung bestimmte Fallpauschalen (Entbindungen und Herzinsuffizienz) und bei ambulanter Be-

handlung ausgewählte Leistungen betrachtet, Qualitätsfortschritte durch neue Behandlungsmethoden und aufwändigere Technik bleiben aber unberücksichtigt.

Insgesamt kletterten die vom Staat beeinflussten Preise, die sogenannten administrierten Preise, zwischen 1991 und 2009 um 75 Prozent – mehr als doppelt so schnell wie die marktbestimmten (34 Prozent). Zudem erhöhte sich seit 1991 der Mehrwertsteuersatz um insgesamt 5 Prozentpunkte, was bei voller Weitergabe an den Kunden einen Preisauftrieb um weitere 2 Prozent bedeutet. Ohne staatliche Beeinflussung der Preise hätte der Kaufkraftzuwachs zwischen 1991 und 2009 statt tatsächlich 4 Prozent dann immerhin fast 12 Prozent betragen.

Administrierte Preise: Staat treibt Inflation

Verbraucherpreise 1991 = 100

	Gesamtindex	Administrierte Preise	Gesamtindex ohne administrierte Preise
1991	100,0	100,0	100,0
1995	114,8	128,4	112,0
2000	122,1	138,6	118,8
2005	131,8	160,3	125,9
2006	133,9	163,3	127,8
2007	136,9	168,1	130,6
2008	140,4	172,3	134,0
2009	141,0	175,0	134,0

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

2. Kapitel: Vermögen

Entwicklung und Struktur des Gesamtvermögens

Das Gesamtvermögen der privaten Haushalte belief sich Ende 2007 nach Abzug der Verbindlichkeiten auf 9,5 Billionen Euro. Auf jeden Bundesbürger entfallen damit rechnerisch über 113.000 Euro. Dabei ist das Vermögen noch deutlich schneller gestiegen als das Einkommen. Auch im vereinten Deutschland ist es je Kopf preisbereinigt um fast 43 Prozent gewachsen, während das Einkommen in dieser Zeit nur um 8 Prozent zulegte. Der größte Teil des Vermögens entfällt auf Immobilien und Geldvermögen. Das Gebrauchsvermögen – beispielsweise Autos und Möbel – macht dagegen nur 10 Prozent aus.

Sachwerte, Wohnungen und Geldvermögen summierten sich zum Jahresende 2007 auf 9.532 Milliarden Euro – die Verbindlichkeiten schon abgerechnet. Zwar ging das Geldvermögen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 um 140 Milliarden Euro zurück; da sich die Aktienkurse aber inzwischen wieder teilweise erholt haben und die Immobilienpreise hierzulande nicht eingebrochen sind, dürfte die 10-Billionen-Euro-Grenze bald durchbrochen werden. Je Einwohner gerechnet belief sich das Vermögen Ende 2007 auf über 113.000 Euro.

Vermögen: Weit über 100.000 Euro je Kopf

Nettogesamtvermögen in Preisen von 2007 je Einwohner

	Westdeutschland	Deutschland
1970	32.931	
1980	57.914	
1991	k.A.	79.434
1992	83.775	79.764
1993		80.798
1994		81.228
1995		83.075
1996		85.082
1997		87.161
1998		90.098
1999		93.853
2000		94.600
2001		95.306
2002		94.946
2003		98.406
2004		100.758
2005		104.792
2006		109.936
2007		113.309

Nettogesamtvermögen: Geldvermögen, Sachvermögen und Gebrauchsvermögen abzüglich Verbindlichkeiten; Angaben für Westdeutschland und Gesamtdeutschland wegen unterschiedlicher Abgrenzung nur bedingt vergleichbar; preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Müssten die Bundesbürger ihr Vermögen aufzehren, würde es das verfügbare Einkommen über mehr als sechs Jahre ersetzen können. Im Jahr 1991 hätte es erst für eine Einkommenspause von 4,8 Jahren gereicht.

Wie das Vermögen zunimmt

Reale Veränderung je Einwohner in Prozent im Zeitraum 1991 bis 2007

Bruttogesamtvermögen	41,2
davon	
Bruttogeldvermögen	68,0
Bruttowohnungsvermögen	38,9
Bruttogebrauchsvermögen	6,5

Preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex; Wohnungsvermögen: Wohnbauten und Bauland
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Der starke Vermögenszuwachs ist bei allen Vermögensarten zu beobachten. So hat der Geldwert des Gebrauchsvermögens je Einwohner zwischen 1991 und 2007 real um 6,5 Prozent zugelegt. Und wer sein Wohnungsvermögen veräußert, kann mit dem Erlös heute 39 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen erstehen als zu Beginn der 1990er-Jahre. Das Bruttogeldvermögen hat je Einwohner in den ersten 16 Jahren nach der deutschen Einheit real um über zwei Drittel auf jetzt insgesamt 4,4 Billionen Euro zugenommen.

Entfielen 1991 noch knapp 35 Prozent des gesamten Bruttovermögens auf Bares, Spareinlagen, Aktien und Co., sind es jetzt 41 Prozent. Damit ist die Bedeutung des Geldvermögens heute fast so groß wie die des Immobilienbesitzes (45,5 Prozent).

Vermögensstruktur: Feste Größe Immobilien

Anteile am Bruttogesamtvermögen in Prozent

	Wohnungsvermögen	Sonstiges Sachvermögen	Gebrauchsvermögen	Geldvermögen
1991	46,2	8,0	11,2	34,6
1992	46,1	7,8	11,4	34,6
1993	45,4	7,4	11,2	36,0
1994	45,7	7,2	11,1	36,0
1995	45,3	6,9	11,0	36,8
1996	45,0	6,5	10,8	37,7
1997	44,5	6,2	10,5	38,8
1998	44,1	5,9	10,3	39,7
1999	43,4	5,5	10,0	41,0
2000	43,8	5,3	10,0	40,8
2001	44,2	5,1	9,9	40,8
2002	45,2	4,8	10,0	39,9
2003	45,0	4,5	9,6	40,8
2004	45,1	4,3	9,4	41,3
2005	44,3	5,0	9,0	41,7
2006	45,0	5,0	8,7	41,4
2007	45,5	4,9	8,5	41,1

Wohnungsvermögen: Wohnbauten und Bauland für Wohnbauten; Sonstiges Sachvermögen: Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen und immaterielle Anlagegüter
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Die deutschen Haushalte leben jetzt geringfügig weniger stark auf Pump als zu Beginn der 1990er-Jahre. Denn der Anteil der Verbindlichkeiten ging von knapp 15 Prozent des Bruttovermögens auf 14 Prozent zurück.

Geldvermögen

Das Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte hat sich seit der deutschen Einheit in seiner Struktur stark verändert. Verlierer waren hier die Banken. Vor allem ihre und die von ihnen vertriebenen langfristigen Anlagen wie Festgeld, Sparbriefe oder Bundesschatzbriefe haben deutlich an Attraktivität verloren. Dagegen hat sich die Bedeutung von Investmentfonds fast verdreifacht. Deutlich vom geänderten Anlageverhalten profitieren konnten aber auch die Versicherungen, über die ein Großteil der privaten und teilweise auch der betrieblichen Altersvorsorge abgewickelt wird.

Das Bruttogeldvermögen betrug Ende 2008 trotz erster Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise stattliche 4,4 Billionen Euro – je Einwohner gerechnet sind dies 54.000 Euro. Im Jahr 1960 hatte jeder Westdeutsche, in Preisen von heute gerechnet, lediglich 6.700 Euro auf der hohen Kante. Das Pro-Kopf-Geldvermögen ist somit heute real je Einwohner in Gesamtdeutschland achtmal so hoch wie vor knapp 50 Jahren im früheren Bundesgebiet. Dagegen nimmt sich die Einkommensdynamik beinahe ärmlich aus: Zwischen 1960 und 1991 stieg das verfügbare Einkommen je Einwohner in den alten Ländern „nur“ auf das 2,7-fache, nach der Wende gab es gesamtdeutsch auf hohem Niveau noch ein Einkommensplus von 8 Prozent.

Geldvermögen wächst schneller als das Einkommen

Preisbereinigte Werte je Einwohner, 1991 = 100

	Bruttogeldvermögen Westdeutschland	Bruttogeldvermögen Deutschland	Verfügbares Einkommen Westdeutschland	Verfügbares Einkommen Deutschland
1960	17,0		37,4	
1970	37,1		60,2	
1980	63,0		81,2	
1990	96,2		98,0	
1991	100,0	100,0	100,0	100,0
2000		145,4		105,3
2008		158,9		108,0

Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex, Bruttogeldvermögen: Stand jeweils Jahresende
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Das meiste Geld parken die Bundesbürger inzwischen nicht mehr bei den Banken. Kurzfristige und besonders langfristige Anlagen haben deutlich verloren.

Geldvermögen: Wo es parkt

In Prozent des Bruttogeldvermögens

	Banken, kurzfristig	Banken, längerfristig	Versicherungen und Pensionsrückstellungen	Aktien und Investmentfonds	Sonstige Wertpapiere
1991	32,0	16,1	27,7	10,9	13,4
1995	30,5	13,5	28,6	14,9	12,5
2000	26,2	8,9	30,1	24,5	10,2
2005	28,8	6,8	31,9	20,0	12,4
2006	28,0	7,1	32,1	19,7	13,1
2007	28,2	7,6	32,5	20,2	11,5
2008	31,4	8,1	34,5	15,0	10,9

Banken kurzfristig: bis ein Jahr; Banken langfristig: darüber hinausgehend

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Dagegen dient inzwischen fast ein Drittel des Geldvermögens der Altersvorsorge. So haben zwar die Pensionsrückstellungen von Betrieben trotz einer Verdoppelung der absoluten Beträge von 130 auf 260 Milliarden Euro leicht an Bedeutung verloren. Dies wurde aber durch das gestiegene Gewicht der Anlagen bei Versicherungen mehr als ausgeglichen. Die Lebensversicherungen und Pensionseinrichtungen, aber auch die Altersrücklagen der privaten Krankenversicherungen haben den größten Anteil daran, dass sich das bei Versicherungen angelegte Vermögen (einschließlich der kurzfristigen Anlagen) zwischen 1991 und 2008 von 400 Milliarden Euro auf fast 1,3 Billionen Euro verdreifacht hat und dadurch die Versicherungen jetzt knapp 29 Prozent (1991: 21 Prozent) des Bruttogeldvermögens verwalten.

Die Deutschen sind in den vergangenen 20 Jahren auch bedeutende Unternehmenseigner geworden, wengleich das Platzen der New-Economy-Blase und die Finanzkrise vorübergehend die Lust auf Aktien gebremst haben. Ähnliches gilt für Investmentfonds.

Immobilienbesitz und Wohnungen

Das Immobilienvermögen der deutschen Haushalte beträgt aktuell über 5 Billionen Euro. Es hat sich damit seit der deutschen Einheit verdoppelt. Sowohl der Anteil der Haus- und Grundbesitzer als auch die Wohneigentümerquote haben sich im langfristigen Trend erhöht. Die Wohnqualität hat sich langfristig deutlich verbessert. Weder auf eine Zentralheizung noch auf eine komplette Sanitärausstattung muss heute in den allermeisten Wohnungen verzichtet werden – nur 1 beziehungsweise 3 Prozent der Wohnungen haben in diesen Bereichen Lücken. Die neuen Länder haben dabei sowohl bei der Wohnfläche je Kopf als auch bei der Ausstattung schnell Anschluss an Weststandards gefunden.

Das Immobilienvermögen – Wohnbauten und Bauland – der privaten Haushalte hat sich in Deutschland seit der deutschen Einheit von knapp 2,6 Billionen Euro im Jahr 1991 auf über 5 Billionen Euro im Jahr 2007 annähernd verdoppelt. Dabei verfügt nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 knapp jeder Zweite über Haus- und Grundbesitz. Im Jahr 1969 waren es noch weniger als 40 Prozent. Dementsprechend ist auch die Wohneigentumsquote – also der Anteil der Haushalte, der in der eigenen Wohnung tatsächlich lebt – langfristig gestiegen. Zwar ergibt sich gegenüber dem Jahr 1950 nur ein Zuwachs von 6 Prozentpunkten. Dabei ist jedoch

zu berücksichtigen, dass zur Beseitigung der Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst vor allem öffentlich geförderte Geschosswohnungen entstanden. Zwischen 1950 und 1961 sank die Wohneigentumsquote daher zunächst von 39 auf unter 34 Prozent. In den neuen Bundesländern ist die Eigentümerquote seit der Wende von 27 auf 34 Prozent gestiegen. Die Wohneigentumsquote ist in den letzten Jahren zwar leicht gesunken, könnte künftig aber wieder zunehmen, da Eigenheime im Rahmen der privaten Altersvorsorge mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.

Wohneigentum auf dem Vormarsch

So viel Prozent aller Wohnungen werden vom Eigentümer selbst bewohnt

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
1950	39,1		
1961	33,8		
1968	36,4		
1972	35,8		
1978	37,5		
1980	39,3		
1982	40,4		
1987	39,3		
1991	41,6	27,4	38,9
1993	41,7	26,4	38,8
1998	43,1	31,2	40,9
2002	44,6	34,2	42,6
2008	42,8	33,5	41,0

1991, 2008: Schätzung

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, DIW

Die quantitative und qualitative Wohnraumversorgung hat sich aber nicht nur für Eigentümer, sondern auch für Mieter deutlich verbessert. Erkennbar ist dies bereits an der Zahl der Wohnungen, die sich in den letzten 50 Jahren mehr als verdoppelt hat – gab es 1958 erst 14 Millionen Wohnungen, sind es aktuell allein in Westdeutschland (ohne Berlin) über 31 Millionen. Dabei waren Ende der 1950er-Jahre bereits die größten Nachkriegsengpässe beseitigt. Denn in den Fünfzigern wurden mit großzügiger finanzieller Förderung rund 5,4 Millionen Wohnungen fertig gestellt und damit das Wohnungsdefizit erheblich verringert. Mit dem sogenannten „Lücke-Plan“, benannt nach dem damaligen Bundesbauminister Paul Lücke, wurde im Jahr 1960 die Zwangsbewirtschaftung abgeschafft. Die Mietpreisbindung wurde schrittweise aufgehoben, was die Bautätigkeit beflügelte. Bereits 1970 wurde bei den Wohnungen die 20-Millionen-Grenze übersprungen.

In Ostdeutschland ist die Wohnungszahl seit Mitte der 1980er-Jahre nur um etwa 12 Prozent gestiegen. Hier wirkt sich aus, dass die Wohnraumversorgung zwar nicht qualitativ aber quantitativ bereits zu DDR-Zeiten recht gut war und dass viele Bürger nach der Öffnung der Mauer Ostdeutschland den Rücken kehrten. In Deutschland insgesamt nimmt trotz stagnierender Bevölkerungszahl die Zahl der Haushalte weiter zu. Dahinter steht der Trend zu Ein- und Zweipersonenhaushalten, der auch eine Folge der Alterung unserer Gesellschaft ist. Damit dürfte in Zukunft der Wohnungsbestand in Deutschland zunächst weiter steigen.

Wohnungsbestand: Im Westen verdoppelt in Millionen

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
1958	13,9		
1960	15,3		
1970	20,8		
1980	25,0		
1990	26,8	7,0	33,9
1991	27,1	7,0	34,2
2000	30,7	7,7	38,4
2008	31,2	8,9	40,1

Westdeutschland: ab 1986 auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung; ab 2005 ohne Berlin-West; Ostdeutschland: ab 1994 auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1995; 2008 einschließlich Berlin-West

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Bauboom hat den Bundesbürgern sehr viel größere Wohnungen beschert. So verfügte ein Einwohner 1965 im Durchschnitt über eine Wohnfläche von lediglich 22,3 Quadratmetern, während er oder sie im Jahr 2008 in Westdeutschland mit knapp 43 Quadratmetern eine fast doppelt so große Fläche in Anspruch nehmen konnte. Die neuen Bundesländer haben nach der Wende schnell aufgeholt und liegen nun mit einer Pro-Kopf-Fläche von über 39 Quadratmetern fast auf Augenhöhe mit Westdeutschland. Mitte der 1980er-Jahre hatte jeder Einwohner in Ostdeutschland erst um die 28 Quadratmeter zur Verfügung. Dass sich die Bürger in Ost und West nun wesentlich stärker ausbreiten können als früher, hat mehrere Ursachen: Mit dem gestiegenen Einkommen hat sich auch die Nachfrage nach größeren Wohnungen erhöht. Die zunehmende Zahl von Single-Haushalten – zum Teil ebenfalls Folge des langfristig gestiegenen Wohlstands – und die Zweitwohnungen von Pendlern führen aber auch zu einem höheren Wohnflächenbedarf.

Wohnfläche: Osten schließt auf

So viel Quadratmeter stehen jedem Einwohner zur Verfügung

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
1965	22,3		
1970	25,1		
1980	32,6		
1990	36,4	28,2	34,8
2000	40,2	36,0	39,5
2008	42,9	39,3	42,2

Westdeutschland: ab 1986 auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung; 2008 ohne Berlin-West; Ostdeutschland: ab 1994 auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1995; 2008 einschließlich Berlin-West

Quelle: Statistisches Bundesamt

Fast alle Wohnungen sind mit einer Zentralheizung ausgestattet. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland müssen nur noch in gut 3 Prozent der Wohnungen die Räume einzeln beheizt werden oder kalt bleiben. Das war in den neuen Bundesländern lange Zeit anders: Noch 1991 verfügte dort lediglich jede zweite Wohnung über eine Zentralheizung. Bereits sieben Jahre später waren mehr als 80 Prozent der Wohnungen zentral beheizt. Ähnlich schnell holten die neuen Länder bei der Sanitätsausstattung auf. Die Toilette auf der halben Treppe ist auch dort zur Ausnahme geworden. In Ostdeutschland verfügen jetzt mehr als 98 Prozent aller Wohnungen über Bad und/oder Dusche so-

wie ein WC innerhalb der Wohnung. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer fehlten noch in fast jeder fünften Wohnung diese elementaren Ausstattungsmerkmale.

Wohnungen: Fast überall Vollaussstattung

So viel Prozent der Wohnungen verfügen über eine vollständige Sanitärausstattung (Dusche/Bad und WC in der Wohnung)

	Westdeutschland	Ostdeutschland
1984	92,8	
1990	93,9	83,9
2000	97,6	95,7
2008	99,3	98,1

Quelle: DIW

Heizung: Schnelle Modernisierung im Osten

So viel Prozent der Wohnungen haben eine Zentralheizung

	Westdeutschland	Ostdeutschland
1984	79,0	
1990	84,1	51,7
2000	94,5	90,0
2008	96,5	96,9

Quelle: DIW

Generationenbetrachtung

Die Vermögensposition der Generation 65-Plus hat sich in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend verbessert. Während früher vor allem die 45- bis 54-Jährigen viel Geld auf der hohen Kante hatten, sind es heute auch die Senioren. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass nun Generationen in das Senioren- und Erblalter hineinwachsen, deren Vermögensbildung nicht mehr durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen beeinflusst wurde. Dies führt zu einem steigenden Erbschaftsvolumen, das nach Prognosen im Zeitraum 2015 bis 2020 fast doppelt so hoch sein wird wie in den ersten fünf Jahren dieses Jahrhunderts. Damit wird das Erbe auch einen wichtigen Teil zur Alterssicherung künftiger Generationen beitragen.

Die älteren Menschen haben erhebliche Vermögenswerte angehäuft: Lag das Nettovermögen (Geldvermögen und Haus- und Grundbesitz abzüglich Verbindlichkeiten) der Rentnergeneration (ab 65 Jahre) je Haushalt vor 20 Jahren noch um 14 Prozent unter dem Durchschnitt, wird heute der Mittelwert um 28 Prozent übertroffen. Damit haben die Senioren auch die Gruppe der um die Fünfzigjährigen weit hinter sich gelassen, die 1988 noch ein fast 1,5-mal so hohes Vermögen wie der Durchschnitt besaßen.

Vermögende Senioren

Nettovermögen je Haushalt nach dem Alter des Hauptverdieners, Durchschnitt = 100

Alter in Jahren	1988	2008
0-24	10,8	13,4
25-34	43,4	32,3
35-44	103,0	81,5
45-54	146,4	112,8
55-64	136,1	143,5
65 und älter	86,1	128,0

1998: Westdeutschland

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Beigetragen zu der guten Vermögensposition der Älteren haben sowohl das Immobilien- als auch das Geldvermögen. So hat die Generation 65-Plus inzwischen zu über 52 Prozent Haus- und Grundbesitz. Zwar sind auch die Häuser der Senioren oft in die Jahre gekommen und daher im Durchschnitt nicht mehr wert als die der Jüngeren. Im Alter sind die Hypotheken aber zumeist fast vollständig abbezahlt. Daher fällt der Nettowert überdurchschnittlich hoch aus. Insgesamt ist somit der Immobilienbesitz der Haushalte im Rentenalter um 24 Prozent höher als im Durchschnitt. Noch größer ist der Vorsprung der Älteren beim Geldvermögen: Sie haben auf Sparbüchern, bei Versicherungen oder in Form von Aktien und anderen Wertpapieren fast 34 Prozent mehr auf der hohen Kante als der Durchschnittshaushalt.

Immobilienbesitz: Meist ältere Eigentümer

So viel Prozent der Haushalte haben Haus- und Grundbesitz

	Insgesamt	Hauptverdiener mindestens 65 Jahre alt
1969	38,8	32,5
1973	39,5	32,0
1978	43,6	32,8
1983	45,5	36,2
1988	46,7	41,3
1993	50,5	49,8
1998	45,1	42,1
2003	48,8	47,2
2008	48,0	52,2

Bis 1993 Westdeutschland

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Dass die Senioren heute für die Erben eine gute Partie sind, ist auch damit zu erklären, dass ihr Besitz nicht durch den Zweiten Weltkrieg angetastet wurde, wie es bei der Generation davor der Fall war.

Hinzu kommt, dass die Senioren von heute im Schnitt über eine bessere Bildung verfügen als die Generation ihrer Eltern. Sie haben im Beruf gut verdient und konnten einen Teil des Verdienstes zurücklegen. Davon zehren jetzt die Erben.

Erbschaften: Eine Milliardenwelle

Jährliches Erbschaftsvolumen in Milliarden Euro

2001 bis 2005	167
2009 bis 2014	238
2015 bis 2020	317

2009 bis 2020: Prognose

Ursprungsdaten: BBE

Dementsprechend fallen auch die Prognosen für die Entwicklung des Erbschaftsvolumens positiv aus: So schätzt beispielsweise das Institut empirica, dass im Zeitraum von 2006 bis 2015 jährlich 236 Milliarden Euro vererbt werden. Nach neueren Prognosen der Beratungsgesellschaft BBE soll das Erbschaftsvolumen im Zeitraum 2009 bis 2014 durchschnittlich knapp 240 Milliarden Euro pro Jahr und im Zeitraum 2015 bis 2020 sogar jährlich 317 Milliarden Euro betragen. Das wäre fast doppelt soviel wie in den ersten fünf Jahren des neuen Jahrtausends.

Damit werden die Alten von heute durch ihr Erbe auch wesentlich zur Alterssicherung zukünftiger Generationen beitragen. Ob dies auch in noch fernerer Zukunft so sein wird, ist indes ungewiss. Denn die aktiven Alten wollen ihr Leben genießen. Kultur und Reisen aber kosten Geld, das nicht mehr vererbt werden kann. Durch die steigende Lebenserwartung verlängert sich überdies die Ruhestandsphase – die Renten werden mithin letztlich sinken müssen. Und die Senioren werden das eine oder andere Sparschwein schlachten, um den Lebensstandard zu halten. Die längere Lebenserwartung führt auch dazu, dass die Kinder selbst relativ alt sind, bis sie etwas erben. Bereits jetzt ist mehr als die Hälfte aller Erben mindestens 50 Jahre alt. Sind die Erben in spe bereits relativ gut abgesichert, könnten die potenziellen Erblasser aber weniger daran interessiert sein, etwas für die Kinder und Enkel zurückzulegen.

3. Kapitel: Armut und Ungleichheit

Armut im internationalen Vergleich

Armut lässt sich nicht nur an einem Kriterium festmachen. In der EU werden deshalb verschiedene Armutsbegriffe verwendet. Doch egal, wie Armut gemessen wird – Deutschland gehört zu den Ländern, in denen die Menschen einigermaßen über die Runden kommen und in den meisten Fällen genügend finanzielle Ressourcen haben, um sich einen gewissen Lebensstandard zu leisten. Noch besser lebt es sich allerdings in Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden und Schweden. In den mittel- und südeuropäischen Ländern zeigen sich dagegen die größten Armutsprobleme.

Möchte man Armut international vergleichen, muss man sich zunächst damit auseinandersetzen, was hierunter zu verstehen ist. Meist wird dabei die relativ einfach messbare relative Einkommensarmut verglichen. Danach gilt als arm, wer nur über ein vergleichsweise niedriges Einkommen verfügt – gemeint ist damit die Unterschreitung eines bestimmten Prozentsatzes des mittleren Einkommens. Diese Definition reduziert Armut jedoch auf ein spezielles Maß an Einkommensungleichheit. Nach der offiziellen Definition der Europäischen Kommission gilt dagegen als arm, wem es aufgrund mangelnder Ressourcen unmöglich ist, ein würdevolles Leben mit einem annehmbaren Lebensstandard zu führen. Damit hat Armut zwei Seiten: die der Ressourcen und die der Lebensumstände. Nur wenn das Geld nicht reicht, um sich ein Mindestmaß an Gütern und Dienstleistungen zu kaufen, wird von Armut gesprochen. Umgekehrt sind geringe Mittel nur dann ein Problem, wenn sie die Menschen tatsächlich zwingen, sich unzumutbar einzuschränken.

Armutsbegriffe

Armutsdefinition der EU	Nach der offiziellen Armutsdefinition der Europäischen Kommission aus dem Jahr 1984 sind verarmte Personen „Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, indem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist.“
Relative Einkommensarmut (Armutrisikoquote)	Relative Einkommensarmut liegt nach einer Konvention vor, wenn das Nettoäquivalenzeinkommen einer Person weniger als 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste) beträgt. Der Anteil der Personen in relativer Einkommensarmut wird als Armutrisikoquote bezeichnet.
Äquivalenzeinkommen	Bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, das Einspareffekte durch gemeinsames Wirtschaften mehrerer Personen in einem Haushalt und den geringeren Bedarf von (jüngeren) Kindern berücksichtigt. Das Äquivalenzeinkommen rechnet das Pro-Kopf-Einkommen auf den Bedarf eines Singles um. Es gibt allerdings keine wissenschaftlich eindeutig bestimmbare Skala, um die Einspareffekte durch gemeinsames Wirtschaften exakt zu ermitteln. Von der Europäischen Union wird eine Skala mit relativ hohen Einspareffekten verwendet. Danach braucht ein Ehepaar mit zwei Kindern 2,1-mal so viel wie ein Single. Bei einem Haushaltseinkommen von 2.100 Euro hat es daher das gleiche Äquivalenzeinkommen wie eine alleinstehende Person mit 1.000 Euro.
Deprivationsarmut	Während bei relativer Einkommensarmut die Armutsmessung an den Ressourcen ansetzt, also indirekt vorgeht, wird bei der Depriva-

	tionsarmut direkt erfasst, ob Merkmale, die einen Mindestlebensstandard ausmachen, fehlen. Hierbei wird teilweise in (Vor-)Befragungen ermittelt, welche Merkmale von der Mehrheit der Bevölkerung als unverzichtbar angesehen werden. Zusätzlich gefragt wird, ob Merkmale – beispielsweise eine tägliche warme Mahlzeit – aus finanziellen Gründen fehlen, um so sicher zu stellen, dass es sich auch tatsächlich um einen erzwungenen Verzicht handelt und nicht um besondere individuelle Vorlieben.
Kombinierte Armutsmessung	Einen kombinierten Armutsindikator verwendet beispielsweise die irische Regierung. Armut liegt hier nur dann vor, wenn relative Einkommensarmut und Deprivationsarmut zusammentreffen. Durch die Kombination ist größere Treffsicherheit möglich: Denn einerseits ist es denkbar, dass trotz geringen Einkommens ein ausreichender Lebensstandard erreicht wird (beispielsweise durch effiziente Haushaltsführung, Auflösung von Vermögen, Hilfe von Dritten), andererseits kann Deprivation auch bei ausreichendem Einkommen auftreten, wenn beispielsweise durch teure Hobbies Geld für die Dinge fehlt, die von der Gesellschaft als unverzichtbar angesehen werden. Die kombinierte Armutsmessung wird damit auch der EU-Definition von Armut am ehesten gerecht.

Somit gibt es auch zwei Ansatzpunkte, Armut zu erfassen. Zum einen lässt sich messen, ob Personen in Teilbereichen von einem als gesellschaftlich akzeptierten Mindest-Lebensstandard ausgeschlossen sind (sogenannte Deprivation). Hierzu könnte beispielsweise gefragt werden, ob der Haushalt aus finanziellen Gründen nicht jeden Tag eine warme Mahlzeit einnehmen kann. Anstatt direkt, lässt sich Armut auch indirekt über die zur Verfügung stehenden Mittel wie beispielsweise das Einkommen messen. Beide Methoden führen aber nicht zwangsläufig zu den gleichen Ergebnissen. Denn wie hoch der Lebensstandard tatsächlich ausfällt, hängt auch davon ab, wie die Ressourcen genutzt werden. Damit wird das Wohlstandsniveau auch von dem Verhalten und den Vorlieben des Einzelnen und seines Haushalts bestimmt. So kann es sein, dass durch ein teures Hobby kein Geld mehr für Dinge übrig bleibt, die von der Gesellschaft als elementar eingestuft werden und ein Haushalt deshalb trotz eigentlich ausreichender finanzieller Mittel als arm gilt. In diesem Fall würde also ein Armutsmaß, das nur Lebensstandardmerkmale einfließen lässt, verzerrte und überhöhte Ergebnisse liefern.

Aber auch das laufende Einkommen allein gibt über den rein materiellen Wohlstand nur eingeschränkt Auskunft. So ist ein niedriges Einkommen möglicherweise nur vorübergehend, etwa weil gerade eine Ausbildung durchlaufen wird, nach der Geburt eines Kindes ein Elternteil eine freiwillige Erwerbspause einlegt, oder weil ein Haushaltsmitglied arbeitslos wird. Ist ein ausreichend großes Geldvermögen vorhanden, können solche Einnahmeausfälle aber abgedeckt werden. Zudem können langlebige Gebrauchsgüter, wie beispielsweise ein teures Auto oder eine hochwertige Küche, weiterhin genutzt werden und bestimmen so den tatsächlichen Lebensstandard mit, auch wenn eine Zeitlang weniger Geld für Neuanschaffungen ausgegeben wird. Viele Ökonomen bevorzugen daher den Konsum zur Messung von Wohlstand und Armut, da er das permanente Einkommen (Lebenseinkommen) besser widerspiegelt.

Problematisch ist es nicht nur, das Einkommen als alleinigen Armutsindikator auszuwählen, auch der starre Schwellenwert von 60 Prozent des Medians ist fragwürdig. Denn entscheidend ist auch, wie hoch das Wohlstandsniveau eines Landes ist. In einem reichen Land lässt sich mit einem relativ betrachtet niedrigen Einkommen offenbar weit besser leben als in einem weniger wohlhabenden. In

Portugal beispielsweise gilt jemand, der nur 6.000 Euro zur Verfügung hat, nicht mehr als arm, während man in Deutschland 10.000 Euro verdienen kann und trotzdem als einkommensarm angesehen wird. Daher ist es sinnvoll, Armut anhand von mehreren Kriterien zu vergleichen.

Bezogen auf den Anteil der relativ Einkommensarmen schneidet Deutschland im europäischen Vergleich mittelmäßig ab – bei einer Quote von 15 Prozent wird der EU-Durchschnitt um zwei Prozentpunkte unterboten. Vergleichsweise selten ist relative Einkommensarmut besonders in Tschechien und den Niederlanden, aber auch in den skandinavischen Ländern, in Österreich und einigen mittel- und osteuropäischen Ländern wie der Slowakei, Ungarn und Slowenien. Mit Quoten um die 20 Prozent und darüber ist das sogenannte Armutsrisiko dagegen in Südeuropa, im Baltikum und in den angelsächsischen Ländern (Irland, Vereinigtes Königreich) weit verbreitet.

Relative Einkommensarmut: Deutschland im Mittelfeld

So viel Prozent der Bevölkerung galten in diesen Ländern 2007 als einkommensarm

Tschechien	9
Niederlande	11
Slowakei	11
Norwegen	11
Dänemark	12
Ungarn	12
Österreich	12
Slowenien	12
Schweden	12
Frankreich	13
Luxemburg	13
Finnland	14
Belgien	15
Deutschland	15
Malta	15
Irland	16
Zypern	16
Europäische Union	17
Polen	17
Portugal	18
Estland	19
Italien	19
Vereinigtes Königreich	19
Griechenland	20
Spanien	20
Litauen	20
Bulgarien	21
Rumänien	23
Lettland	26

Relative Einkommensarmut: Bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen, das im Folgejahr erhoben wird) von weniger als 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste)

Quelle: Eurostat

Relative Einkommensarmut: Deutschland mit hohem Schwellenwert

Wer im Jahr 2007 weniger als ... Euro hatte, gilt als einkommensarm

Luxemburg	17.011
Norwegen	14.081
Vereinigtes Königreich	11.965
Zypern	11.683
Niederlande	11.661
Österreich	11.593
Irland	11.285
Deutschland	10.953
Dänemark	10.852
Schweden	10.695
Belgien	10.457
Frankreich	10.033
Finnland	9.927
Italien	9.310
Slowenien	8.653
Spanien	8.648
Malta	8.051
Griechenland	7.471
Tschechien	6.007
Portugal	5.945
Estland	4.795
Lettland	4.538
Litauen	4.325
Slowakei	4.164
Ungarn	4.115
Polen	4.035
Bulgarien	2.887
Rumänien	1.966

Relative Einkommensarmut: 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste) des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens (Äquivalenzeinkommen, das im Folgejahr erhoben wird), umgerechnet in deutsche Preise für die Lebenshaltung

Ursprungsdaten: Eurostat

Von der Höhe des Einkommensniveaus eines Landes hängt offenbar auch ab, ob man sich selbst als einkommensarm empfindet. Um ein entsprechendes Stimmungsbild zu bekommen, werden EU-Bürger regelmäßig befragt, was das geringste monatliche Nettoeinkommen wäre, um finanziell zurechtzukommen. Dann wird gefragt, ob das eigene Einkommen diesem Betrag in etwa entspricht, darüber oder darunter liegt. Ist das eigene Einkommen niedriger als das aus eigener Sicht erforderliche Mindesteinkommen, wird diese Person als subjektiv einkommensarm angesehen.

Es zeigt sich, dass in Ländern mit niedrigen Einkommensniveaus besonders viele Personen angeben, weniger Geld zur Verfügung zu haben, als sie unbedingt bräuchten, um über die Runden zu kommen. So sind in Lettland, Bulgarien, Rumänien und Ungarn zwischen 64 und 86 Prozent der Bevölkerung subjektiv einkommensarm. Im wohlhabenden Dänemark trifft dies nur auf 6 Prozent der Bevölkerung zu. Eine eher niedrige subjektive Armutsquote weist mit 21 Prozent auch Deutschland auf. Auch Irland und das Vereinigte Königreich zählen dank hohen Einkommensniveaus – trotz großer Einkommensungleichheit – zu den Ländern mit eher seltener subjektiver Armut.

Subjektive Armut: In Deutschland fühlen sich nur wenige arm

So viel Prozent der Bürger stuften sich im Jahr 2009 als einkommensarm ein

Dänemark	6
Österreich	10
Schweden	11
Niederlande	12
Finnland	12
Belgien	20
Deutschland	21
Irland	22
Vereinigtes Königreich	22
Luxemburg	24
Frankreich	30
Malta	32
Slowakei	35
EU	37
Spanien	37
Estland	38
Tschechien	40
Zypern	45
Slowenien	47
Litauen	48
Italien	53
Portugal	55
Polen	56
Griechenland	59
Lettland	64
Rumänien	68
Ungarn	82
Bulgarien	86

einkommensarm: Anteil der Bevölkerung, dessen Haushaltsnettoeinkommen unter dem nach eigenen Angaben notwendigen Mindesteinkommen liegt

Quelle: EU-Kommission

Ob jemand aus finanziellen Gründen auf Dinge verzichten muss, die von der Gesellschaft als wesentlich angesehen werden, lässt sich ebenfalls messen: Die OECD hat hier sieben Merkmale ausgewählt, über deren Notwendigkeit für ein würdevolles Leben in den meisten Ländern breiter Konsens herrscht. Hierzu gehört beispielsweise eine angemessene Beheizung der Wohnung, eine gesunde Ernährung, Geld für die Miete und die Nebenkosten.

Fehlen mindestens zwei der sieben Merkmale, wird von massiver Entbehrung gesprochen. Am wenigsten verzichten müssen die Menschen in den skandinavischen Ländern, wo lediglich zwischen knapp 8 und 9 Prozent der Bevölkerung von Deprivationsarmut betroffen sind. Deutschland nimmt zwar nur eine mittlere Position ein, dennoch liegt die Deprivationsquote mit 12,6 Prozent auf relativ niedrigem Niveau. In einigen mitteleuropäischen Ländern, aber auch in Griechenland und Portugal sind dagegen knapp 40 bis annähernd 60 Prozent der Personen depriviert. Erstaunlich häufig kommt – angesichts des recht hohen Wohlstandsniveaus – Deprivationsarmut in Italien mit einer Quote von 30 Prozent vor. In den USA, in Japan und Australien liegt die Deprivationsquote bei 22 Prozent.

Das entspricht in etwa dem europäischen Durchschnittsniveau. Allerdings sind die Werte nur eingeschränkt vergleichbar, da Deprivation in Europa etwas anders gemessen wird als anderswo.

Deprivationsarmut: In Osteuropa häufig Lücken beim Lebensstandard

So viel Prozent der Bürger müssen in diesen Ländern auf mindestens zwei von sieben Lebensstandardmerkmalen verzichten

Dänemark	7,6
Schweden	8,1
Finnland	8,9
Norwegen	9,0
Luxemburg	9,1
Österreich	9,4
Niederlande	9,8
Vereinigtes Königreich	11,7
Irland	12,4
Deutschland	12,6
Belgien	15,2
Spanien	15,8
Frankreich	16,4
Italien	29,7
Tschechien	33,3
Portugal	38,4
Griechenland	44,4
Ungarn	45,6
Slowakei	48,3
Polen	59,1
Australien	21,3
USA	21,6
Japan	22,8

Stand: 2005; Daten zwischen europäischen und übrigen Ländern nur bedingt vergleichbar
Quelle: OECD

Einkommensarmut – die Hauptbetroffenen

Armut trifft hierzulande vor allem Alleinerziehende und Personen mit Migrationshintergrund, weil sie keinen Job haben oder zu wenig verdienen. Kinder haben per se kein erhöhtes Armutsrisiko zu tragen. Wenn die Eltern aber keine Arbeit haben, geht es dem Nachwuchs ebenfalls schlecht.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern in der Europäischen Union hängt Armut hierzulande nur wenig vom Alter ab: Senioren und Kinder tragen nur ein durchschnittlich hohes Armutsrisiko. Lediglich junge Erwachsene haben wenig Geld zum Leben, darunter viele Studenten. In der Europäischen Union sind dagegen sowohl Alt als auch Jung wesentlich häufiger einkommensarm als Personen im erwerbsfähigen Alter.

Wer arm ist

So viel Prozent der Bürger in diesem Alter galten im Jahr 2007 als einkommensarm

	Deutschland	EU
Insgesamt	15	17
unter 18 Jahren	15	20
18 bis 24 Jahre	20	20
25 bis 54 Jahre	14	14
55 bis 64 Jahre	18	14
65 Jahre und älter	15	19

Relative Einkommensarmut: bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen, das im Folgejahr erhoben wird) von weniger als 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste)

Quelle: Eurostat

Armut in Deutschland: Meist Alleinerziehende und Ausländer

So viel Prozent der Bürger waren im Jahr 2007 einkommensarm

	Alle Haushalte	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund
Insgesamt	13,4	20,8	11,2
Einpersonenhaushalt	18,2	33,6	16,8
Paar ohne Kinder	7,1	13,8	5,3
Alleinerziehend	37,6	34,3	38,2
Paar mit einem Kind	8,8	17,4	5,5
Paar mit zwei Kindern	9,3	16,4	6,6
Paar mit drei und mehr Kindern	18,8	30,3	10,4
Sonstige	20,3	29,4	12,2

Einkommensarm: Personen mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen, Skala nach Citro/Michael) von weniger als 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste); Sonstige: Mehrgenerationenhaushalte und andere

Ursprungsdaten: DIW

Ein näherer Blick auf die Einkommensarmut in Deutschland zeigt, dass Familien mit ein oder zwei Kindern selten am Hungertuch nagen, während kinderreiche Haushalte und vor allem Alleinerziehende finanziell nicht auf Rosen gebettet sind. Allerdings geht es kinderreichen Familien ohne Migrationshintergrund überdurchschnittlich gut.

Damit kristallisieren sich als Hauptproblemgruppen die Alleinerziehenden und die Bevölkerung mit ausländischen Wurzeln heraus. Dies hat nicht zuletzt mit der mangelnden Erwerbsbeteiligung dieser beiden Gruppen zu tun. Denn nur bei 58 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund war die Erwerbstätigkeit im Jahr 2007 die Haupteinkommensquelle, während immerhin 15 Prozent als wichtigste Einkunftsart ALG I oder II angaben. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lebt dagegen zu 70 Prozent hauptsächlich von ihrer Hände Arbeit und ist nur zu 7 Prozent überwiegend auf Arbeitslosengeld angewiesen. Von den Alleinerziehenden arbeiten in Ostdeutschland nur 34 und in Westdeutschland sogar nur 28 Prozent Vollzeit; 43 Prozent der ostdeutschen und 35 Prozent der westdeutschen Alleinerziehenden sind dagegen überhaupt nicht erwerbstätig.

Nicht die Kinder selbst sind somit ein Armutstreiber, sondern der fehlende Job. So gehören 45 Prozent der Kinder, deren Eltern gar nicht oder nur im geringen Umfang erwerbstätig sind, zur ärmeren

Bevölkerung. Sind die Eltern dagegen zumindest annähernd vollzeiterwerbstätig, fallen weniger als 3 Prozent der Kinder in die Kategorie der Armen.

Nicht nur bei Familien gilt – hast Du einen Job, geht es dir finanziell einigermaßen gut. Kaum jemand mit Vollzeitstelle ist hierzulande arm. Selbst Ausländer müssen in diesem Fall das Sozialamt eher selten in Anspruch nehmen.

Da die Chancen, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, mit höherer Qualifikation steigen, und mit Meisterbrief oder Diplom auch gut dotierte Stellen eher erreichbar sind, ist Armut auch stark vom Bildungsniveau abhängig.

Armut: Auch eine Frage der Ausbildung

So viel Prozent der Bürger mit ... galten im Jahr 2007 als einkommensarm

	Bevölkerung ohne Migrationshintergrund	Bevölkerung mit Migrationshintergrund
Erwerbsintensität		
niedrig	22,6	35,7
mittel	5,5	10,7
hoch	1,3	5,5
Bildungsintensität		
niedrig	15,4	27,8
mittel	11,2	11,5
hoch	4,4	10,9

Einkommensarmut: Personen mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen, Skala nach Citro/Michael) von weniger als 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste); Erwerbsintensität: niedrig = Durchschnittswert der Erwachsenen im Haushalt kleiner als 0,5 (geringfügig beschäftigt oder nicht erwerbstätig bei einem Erwachsenen oder maximal Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung bei zwei Erwachsenen), mittel = Werte zwischen 0,5 und unter 0,75; hoch: Werte ab 0,75 (bei einem Erwachsenen Vollzeitbeschäftigung, bei zwei Erwachsenen mindestens eine Vollzeit und eine Teilzeitbeschäftigung). Bildungsintensität entsprechend (0,5 entspricht dabei einer Lehre; 1,0 Diplom oder Meisterbrief)

Ursprungsdaten: DIW

Entwicklung von Ungleichheit und Armut in Deutschland

In jüngster Zeit hat sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter geöffnet. Auch der Anteil der Armen steigt nicht mehr.

Kontinuierlich beschreiben lässt sich die Entwicklung der Einkommensungleichheit am besten mit den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Das Einkommen wird im SOEP gleich doppelt erfasst. Zum einen mit dem aktuellen laufenden Monatseinkommen, zum anderen mit dem Jahreseinkommen des vergangenen Jahres. Das Jahreseinkommen ist generell etwas ungleicher verteilt als das aktuelle Monatseinkommen. Das liegt vermutlich daran, dass unregelmäßige Einkommenskomponenten und Zusatzeinnahmen, die bei der monatlichen Befragung leicht vergessen und erst beim Jahreseinkommen berücksichtigt werden, bei Wohlhabenden ein höheres Gewicht haben.

Beide Einkommensindikatoren haben sich sehr ähnlich entwickelt. Während sich der Abstand zwischen Arm und Reich jahrzehntelang nicht veränderte, öffnete sich die Schere mit Beginn des neuen Jahrtausends deutlich – auch eine Folge zunehmender Arbeitslosenzahlen. Mit dem Abschmelzen

der Arbeitslosigkeit wurde dieser Trend aber gestoppt: Seit dem Jahr 2005 ist die Einkommensungleichheit in etwa konstant geblieben.

Einkommensungleichheit: Lücke klafft nicht weiter auseinander

Verhältnis „Reich“ zu „Arm“

	SOEP-Monatseinkommen	SOEP-Jahreseinkommen
1983	–	3,02
1984	2,98	2,98
1985	2,98	2,88
1986	2,94	2,86
1987	2,89	2,82
1988	2,88	2,90
1989	2,80	2,85
1990	2,88	2,97
1991	3,06	3,01
1992	2,91	3,04
1993	3,03	3,06
1994	2,94	3,21
1995	3,03	3,12
1996	2,98	3,02
1997	2,89	3,03
1998	2,92	3,03
1999	2,92	3,02
2000	3,00	3,11
2001	3,00	3,19
2002	3,00	3,34
2003	3,16	3,26
2004	3,15	3,38
2005	3,24	3,56
2006	3,28	3,49
2007	3,29	3,50
2008	3,32	–

Bis 1990 Westdeutschland; Verhältnis „Reich“ zu „Arm“: Einkommen der Person an der Schwelle zum obersten Einkommenszehntel dividiert durch das Einkommen der Person an der Schwelle zum zweituntersten Einkommenszehntel; SOEP Monatseinkommen: direkt abgefragtes aktuelles Nettomonatseinkommen; SOEP-Jahreseinkommen: mit Detailangaben aus der Befragung des Folgejahres generiertes Jahreseinkommen
Quelle: DIW

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der relativen Einkommensarmut. Die Zahlen widerlegen überdies die Behauptung, die Umstellung von der Arbeitslosenhilfe auf das stärker bedürftigkeitsgeprüfte Arbeitslosengeld II (ALG II) im Zuge der Hartz-IV-Reformen habe Menschen massenhaft in die Armut getrieben. Denn seit 2004 ist der Anteil der Menschen, die weniger als 60 Prozent des allgemeinen Einkommens haben, nicht mehr deutlich gestiegen. Das hängt – wie bereits erwähnt – mit der Vielzahl der im Aufschwung neu geschaffenen Stellen zusammen.

Einkommensarmut: Auch eine Frage der Statistik

So viel Prozent der Bürger leben in relativer Einkommensarmut

	SOEP-Monatseinkommen	SOEP-Jahreseinkommen	EVS	ECHP/EU-SILC
1973	–	–	8,7	
1978	–	–	9,0	
1983	–	12,4	11,0	
1984	12,2	12,7		
1985	13,2	11,3		
1986	11,7	10,9		
1987	10,9	10,4		
1988	11,4	11,5	11,8	
1989	11,3	10,7		
1990	11,4	11,4		
1991	10,5	11,5		
1992	10,4	11,9		
1993	11,9	11,0	12,0	
1994	12,2	12,4		15
1995	11,2	11,8		14
1996	11,0	10,8		12
1997	10,1	10,5		11
1998	11,0	10,3	12,1	11
1999	10,5	10,7		10
2000	10,8	11,6		11
2001	11,0	12,3		
2002	12,8	13,1		
2003	12,3	13,2	13,6	
2004	12,2	13,8		12
2005	12,5	14,5		13
2006	13,0	13,5		15
2007	12,5	14,0		15
2008	13,3	–		

fehlende Jahre: keine Angaben; bis 1990 Westdeutschland; relative Einkommensarmut: Äquivalenzeinkommen (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) von weniger als 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste); SOEP-Monatseinkommen: direkt abgefragtes aktuelles Nettomonatseinkommen; SOEP-Jahreseinkommen: mit Detailangaben aus der Befragung des Folgejahres generiertes Jahreseinkommen; EVS: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, bis 1988 ohne Ausländer; ECHP (Werte bis 2000) und EU-SILC (Werte ab 2004): deutsche Teilstichprobe des Panels der Europäischen Kommission, Werte ab 2006 mit den Vorjahren nur bedingt vergleichbar
Quelle: DIW, Eurostat, Hauser

Menschen mit Migrationshintergrund gehören zusammen mit den Alleinerziehenden zu den besonders von relativer Einkommensarmut betroffenen Gruppen. Der sozio-demografische Wandel hat dazu geführt hat, dass der Bevölkerungsanteil beider Gruppen deutlich angestiegen ist – bei den Personen mit Migrationshintergrund zwischen 1996 und 2007 um fast 4 Prozentpunkte und bei den Alleinerziehenden um 1 Prozentpunkt. Zudem hat sich die Einkommensposition beider Gruppen verschlechtert. Dies hat die Armutsrisikoquote deutlich nach oben getrieben. Würden hierzulande nur Deutsche und nur Paare mit Kindern leben, hätte der Anteil der armen Menschen zuletzt kaum zugenommen.

Einkommensarmut: Eine Frage der Herkunft und des Familienstands

	1996	2007
Bevölkerung insgesamt		
Armutrisikoquote in Prozent	10,9	13,4
Schwellenwert für das Armutsrisiko, in Euro pro Monat	644	773
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und ohne Alleinerziehende		
Armutrisikoquote in Prozent	9,9	11,2
Schwellenwert für das Armutsrisiko, in Euro pro Monat	670	830

Armutrisikoquote: Anteil der Personen mit einem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen, Skala nach Citro/Michael) unterhalb des Schwellenwerts; Schwellenwert: 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste) des Äquivalenzeinkommens
 Ursprungsdaten: DIW

Einkommensmobilität

Wer arm ist, muss nicht arm bleiben: Langfristig ist es immerhin 55 Prozent der Personen aus dem untersten Einkommensfünftel gelungen, in höhere Einkommenschichten aufzusteigen. Besonders gut sind die Aufstiegschancen für Arbeitslose, denen es gelingt, einen Job zu ergattern.

„Die Armen werden immer ärmer und die Reichen werden immer reicher.“ Diese Behauptung wird oft wiederholt, aber dadurch nicht richtiger. Denn die Daten für das Jahr 2008 aus dem Sozio-ökonomischen Panel zeigen: Bezogen auf das aktuelle Monatseinkommen ist das Einkommen der Einkommensarmen im Durchschnitt seit Mitte der 1990er-Jahre zwar minimal um ein knappes Prozent gesunken, aber auch bei der Bevölkerung insgesamt herrschte praktisch Stagnation (Einkommensanstieg 1,6 Prozent). Nimmt man das Vorjahreseinkommen zum Maßstab, ist das Einkommen des „Durchschnittsarmen“ dagegen um über 6 Prozent gewachsen und hinkt damit ebenfalls kaum dem allgemeinen Wohlstandswachstum hinterher.

Einkommensentwicklung: Kaum Nachteile für Arme

Entwicklung der Realeinkommen in Prozent

	Monatseinkommen 1996 bis 2008	Jahreseinkommen 1996 bis 2007
Durchschnittseinkommen	1,6	8,4
Medianeinkommen	-0,3	4,6
Durchschnittseinkommen „Einkommensarme“	-0,9	6,3

Einkommensarme: Bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen) von weniger als 60 Prozent des Medians (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste); Monatseinkommen: direkt abgefragtes aktuelles Nettomonatseinkommen; Jahreseinkommen: mit Detailangaben aus der Befragung des Folgejahres generiertes Jahreseinkommen
 Ursprungsdaten: DIW

Dabei sind die (Einkommens-)Armen von damals mit denen von heute nicht identisch. Die Bevölkerung insgesamt ändert sich durch Wanderung, Geburten, Sterbefälle. Statistisch gesehen können Einkommensungleichheit und -armut etwa durch Zuwanderer ansteigen. Den Menschen, die die ganze Zeit über in Deutschland gelebt haben, muss es indes nicht schlechter gehen.

Außerdem gelingt vielen Bürgern der Aufstieg aus unteren Einkommensschichten. Den Menschen, die vor beispielsweise zehn Jahren relativ einkommensarm waren, geht es heute im Schnitt deutlich besser als früher. So hat auf lange Sicht (1995 bis 2007) mehr als jeder Zweite den Aufstieg aus dem unteren Fünftel der Einkommensrangliste in höhere Schichten geschafft. Selbst von einem Jahr auf das andere gelang dies zuletzt immerhin 27 Prozent.

Einkommensmobilität: Vielen gelingt der Aufstieg in Prozent

	Aufstiegsquote aus dem 1. Quintil	Abstiegsquote aus der Mittelschicht	Aufstiegsquote aus der Mittelschicht
1995 bis 2007	55	13	17
2003 bis 2007	37	10	11
2006 bis 2007	27	8	7

1. Quintil: Das Fünftel der Personen mit dem niedrigsten bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen, Skala nach Citro/Michael); Mittelschicht: Personen im 2. bis 4. Quintil; Aufstiegsquote aus dem 1. Quintil: Anteil der Personen, die vom ersten in das zweite bis fünfte Quintil aufgestiegen sind; Abstiegsquote aus der Mittelschicht: Anteil der Personen, die aus der Mittelschicht in das unterste Quintil abgestiegen sind; Aufstiegsquote aus der Mittelschicht: Anteil der Personen, die aus der Mittelschicht in das oberste Quintil aufgestiegen sind
Ursprungsdaten: DIW

Ein Job ist dabei der beste Katapult für den Aufstieg. Immerhin zwei Drittel der Erwerbstätigen schaffen es langfristig, aus dem untersten Quintil herauszukommen. Immerhin 37 Prozent gelang der Aufstieg zuletzt sogar binnen Jahresfrist. Dabei macht es keinen großen Unterschied, ob man zu den Gering- oder zu den Normalverdienern gehört. Ist der Verdienst niedrig (Bruttostundenlohn weniger als zwei Drittel des Medianlohns), fällt der Aufstieg (Quote 66 Prozent) sogar einen Tick leichter, als wenn der Verdienst mittleres oder hohes Niveau hat (Aufstiegsquote 64 Prozent). Auch eine Niedriglohnbeschäftigung kann also ein gutes Sprungbrett sein, um sich aus Einkommensarmut zu befreien.

Erwerbstätige mit guten Aufstiegschancen in Prozent

	Aufstiegsquote aus dem 1. Quintil		Abstiegsquote aus der Mittelschicht		Aufstiegsquote aus der Mittelschicht	
	Arbeitslose	Erwerbstätige	Arbeitslose	Erwerbstätige	Arbeitslose	Erwerbstätige
1995 bis 2007	48	66	30	10	7	20
2003 bis 2007	27	52	21	9	9	15
2006 bis 2007	20	37	23	7	6	9

Erwerbsstatus bezogen auf das Ausgangsjahr; 1. Quintil: Das Fünftel der Personen mit dem niedrigsten bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen (Äquivalenzeinkommen, Skala nach Citro/Michael); Mittelschicht: Personen im 2. bis 4. Quintil; Aufstiegsquote aus dem 1. Quintil: Anteil der Personen, die vom ersten in das zweite bis fünfte Quintil aufgestiegen sind; Abstiegsquote aus der Mittelschicht: Anteil der Personen, die aus der Mittelschicht in das unterste Quintil abgestiegen sind; Aufstiegsquote aus der Mittelschicht: Anteil der Personen, die aus der Mittelschicht in das oberste Quintil aufgestiegen sind
Ursprungsdaten: DIW

Wer im Ausgangsjahr arbeitslos war, hat es dagegen deutlich schwerer, seine Einkommensposition zu verbessern. Spiegelbildlich ist die Wahrscheinlichkeit, aus der Mittelschicht in das unterste Quintil abzurutschen, bei Arbeitslosen mit 30 Prozent dreimal so hoch wie bei Erwerbstätigen.

Kaum möglich ist der Aufstieg und fast sicher dagegen der Abstieg aus der Mittelschicht für den, der nicht nur im Ausgangs-, sondern auch im Endjahr arbeitslos war. Genau umgekehrt ist die Situation, wenn die Jobsuche erfolgreich war und der Sprung aus der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit gelingt. In diesem Fall schaffen es langfristig 70 Prozent und kurzfristig immerhin 42 Prozent, das unterste Einkommensquintil zu verlassen. Dagegen müssen mittel- und langfristig nur 6 Prozent der wieder in das Erwerbsleben Eintretenden befürchten, aus der Mittelschicht herauszufallen. Auch hier zeigt sich also wieder, dass eine Belebung des Arbeitsmarkts ein effektives Mittel gegen Armut ist.